

Marktinfo

Wöchentliche Marktübersicht

Inhalt

Internationale Finanzmärkte	2
Sinkende Preise – gute oder schlechte Nachricht?	2
Internationale Märkte	2
Internationale Aktienmärkte im Überblick	3
USA	4
Europa	4
Sitzungsprotokoll der Bank of England	5
Schweizer Nationalbank	5
Asiatisch-Pazifischer Raum	5
Bank of Japan lässt Zinsen unverändert	5
Währungen	7
Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse	8
Indikatoren-Übersicht	9
Europa	9
Eurozone	9
Deutschland	9
Asiatisch-pazifischer Raum	9
Japan	9
Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)	11
Hongkong	11
Taiwan	11
Singapur	11
USA	11
USA	11
Fazit und Ausblick	14
Vorausschau	15
17. – 21. November 2008	15
1. – 5. Dezember 2008	16
Wichtige Informationen	17

Quelle:

Die Informationen werden von Fidelitys Investment-Communication-Team zusammengestellt. Sie basieren auf einer großen Auswahl externer Quellen sowie auf Informationen, die Fidelitys Fondsmanager und Analysten zur Verfügung stellen. Fidelity übernimmt weder die Gewähr für den Inhalt der Informationen noch haftet Fidelity für etwaige Irrtümer, Fehler, Auslassungen oder widersprüchliche Angaben darin.

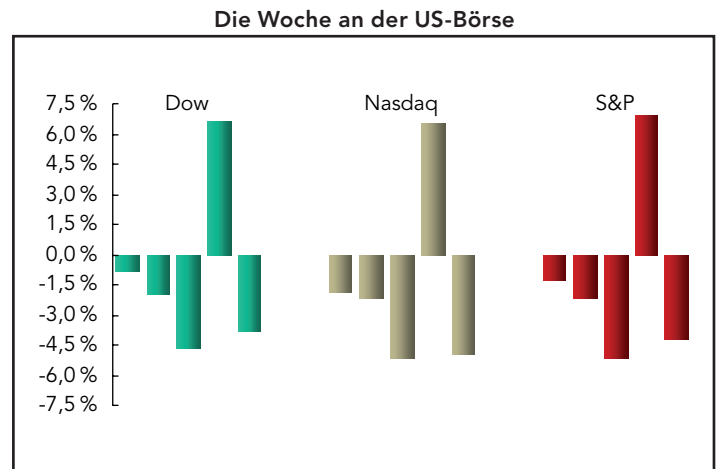
An den Börsen der Industrie- und der Schwellenländer standen die Kurse gleichermaßen unter Druck angesichts des Echos der Entscheidung aus Washington, die die fragile Stabilität, die die Politik im Finanzsystem geschaffen hatte, zu gefährden schien. Diesseits und jenseits des Atlantik lagen die Spreads von Unternehmensanleihen weiter auf erhöhtem Niveau. Dahinter standen die Sorgen über den wirtschaftlichen Abschwung und die Gefahr, dass Unternehmen mit der Bedienung von Krediten in Verzug geraten könnten. Alle hier beobachteten Aktienindizes gaben im Wochenverlauf nach.

Internationale Aktienmärkte im Überblick

		2007	2008		Veränderung in %	
Index		31. Dezember	14. November	21. November	Woche	Jahr
Asien						
Australien	All Ordinaries	6.421,0	3.726,0	3.386,9	-9,1 %	-47,3 %
Japan	Nikkei 225	15.307,8	8.462,4	7.910,8	-6,5 %	-48,3 %
	Topix	1.475,7	846,9	802,7	-5,2 %	-45,6 %
Hongkong	Hang Seng	27.812,7	13.542,7	12.659,2	-6,5 %	-54,5 %
Südkorea	Kospi	1.897,1	1.088,3	1.003,7	-7,8 %	-47,1 %
Singapur	STI	3.482,3	1.759,1	1.662,1	-5,5 %	-52,3 %
China	Shanghai Composite	5.261,6	1.986,4	1.969,4	-0,9 %	-62,6 %
Indien	Sensex 30	20.287,0	9.385,4	8.915,2	-5,0 %	-56,1 %
Indonesien	Jakarta Composite	2.745,8	1.264,4	1.146,3	-9,3 %	-58,3 %
Malaysia	KLSE Composite	1.445,0	881,7	866,9	-1,7 %	-40,0 %
Philippinen	PSEi	3.621,6	1.978,1	1.765,9	-10,7 %	-51,2 %
Taiwan	Taiex	8.506,3	4.452,7	4.171,1	-6,3 %	-51,0 %
Thailand	SET	858,1	430,0	397,5	-7,5 %	-53,7 %
Europa						
Großbritannien	FTSE 100	6.456,9	4.233,0	3.781,0	-10,7 %	-41,4 %
Frankreich	CAC	5.614,1	3.291,5	2.881,3	-12,5 %	-48,7 %
Deutschland	XETRA DAX	8.067,3	4.710,2	4.127,4	-12,4 %	-48,8 %
Nordamerika						
USA	Dow	13.264,8	8.497,3	8.046,4	-5,3 %	-39,3 %
	NASDAQ	2.652,3	1.516,9	1.384,4	-8,7 %	-47,8 %
	S&P 500	1.468,4	873,3	800,0	-8,4 %	-45,5 %
Kanada	S&P/TSX Comp.	13.833,1	9.056,0	8.155,4	-9,9 %	-41,0 %
Mexiko	Bolsa	29.536,8	19.562,1	1.8251,4	-6,7 %	-38,2 %

USA

Die amerikanischen Aktienmärkte beendeten die vergangene Woche trotz einer kräftigen Kursrally am Freitagnachmittag im Minus. Für Rückenwind sorgte kurz vor Handelsschluss die Nachricht, dass der zukünftige US-Präsident Barack Obama den Vorsitzenden der Regionalnotenbank von New York Timothy Geithner zum Finanzminister ernennen will. Ungewissheit ist Gift für die Märkte. Daher überrascht es kaum, dass die Nachricht von der Besetzung dieser wirtschaftlichen Schlüsselposition in der neuen Regierungsmannschaft einen beruhigenden Einfluss auf die Märkte hatte — selbst wenn es noch fast zwei Monate bis zur Amtseinführung sind. Der Dow quittierte die Meldung mit einem Kursprung von beinahe 500 Punkten. Gleichwohl blieb ein Rest Unbehagen im Hinblick auf den Finanzsektor und speziell die Zukunft der Citibank.



Zu Wochenbeginn hatten die Aktienkurse deutlich nachgegeben — die wachsenden Konjunktursorgen der Anleger hatten zu einer hektischen Flucht aus Risiken geführt. Der S&P 500 fiel auf den niedrigsten Stand seit 1997 und büßte die Kursgewinne von mehr als einem vollen Jahrzehnt ein. Betroffen waren vor allem Banken, Rohstoffproduzenten und Autobauer. Hochrangige Vertreter der angeschlagenen US-Autoindustrie mussten sich den Fragen eines Kongressausschusses stellen. Es gelang ihnen jedoch nicht, den Kongress zu überzeugen — die Entscheidung über ein Hilfspaket wurde verschoben. Die drei Hersteller aus Detroit müssen nun nachbessern und einen neuen, tragfähigeren Sanierungsplan vorlegen.

Die Marktteilnehmer waren verstimmt über die jüngsten Änderungen des staatlichen Rettungsprogramms für die US-Finanzbranche. Ursprünglich war darin vorgesehen, dass die Regierung dem privaten Sektor problematische Kredite abkauft. Stattdessen sollen die Banken nun direkte staatliche Kapitalspritzen erhalten — im Austausch gegen Vorzugsaktien und Optionen. Zunächst schien es sich nur um eine Verzögerung in der Umsetzung des Hilfsprogramms zu handeln. Mittlerweile hat es jedoch den Anschein, als sei es zumindest vorerst auf Eis gelegt worden und als stünden die privaten Finanzdienstleister nun wieder vor den gleichen Risiken wie zuvor. Zwar können sie jetzt auf dickere Kapitalpolster zurückgreifen. Den Märkten bereiten die Risiken jedoch weiterhin Sorgen; sie fürchten, dass bislang nicht realisierte Verluste letztlich doch realisiert werden und dass selbst Unternehmen mit erweiterter Kapitalbasis in Schwierigkeiten geraten könnten. Außerdem haben die Banken selbst erkannt, dass ihr Liquiditätsbedarf möglicherweise noch steigen wird, sodass sie die staatlichen Mittel horten, anstatt Kredite zu vergeben.

Im Wochenergebnis verloren Dow, Nasdaq und S&P 500 5,3%, 8,7% beziehungsweise 8,4%.

Europa

Europa

Die europäischen Aktienmärkte verzeichneten an vier von fünf Handelstagen Kursverluste. Unerfreuliche Konjunkturdaten aus Europa und den USA hatten die Besorgnis der Anleger über den Zustand der Weltwirtschaft weiter genährt. Umfragen unter europäischen Einkaufsmanagern hatten nach ersten Berechnungen Verschlechterungen auf Rekordtiefstände signalisiert, während aus den USA eine Zunahme der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung auf den höchsten Wert seit 15 Jahren gemeldet worden war. Die rasante Talfahrt der Einkaufsmanagerindizes verstärkte die Befürchtung, Europa stehe am Anfang einer tiefen, langwierigen Rezession. Zudem hatte die Besorgnis um den amerikanischen Arbeits- und Immobilienmarkt, um die angeschlagenen Börsen und um die US-Wirtschaft insgesamt schnell auch die europäischen Märkte erfasst. Auslöser war der Rückgang der Verbraucherausgaben in den USA gewesen — ein beunruhigendes Signal für Unternehmen

und Anleger auf beiden Seiten des Atlantiks. Ein weiterer Grund für die Kursverluste an den europäischen Börsen war die ständige Angst, eine weltweite Rezession werde die Gewinne des Bankensektors schmälern und die Nachfrage nach Rohöl und Metallen dämpfen. Die in den Indizes stark gewichteten Ölk Aktien sanken als Reaktion auf den Rückgang der Rohölpreise auf den niedrigsten Stand seit drei Jahren. Niedrigere Preise für Kupfer und andere Rohstoffe sorgten auch im sonstigen Rohstoffsegment für Kursverluste.

Die Risikobereitschaft der Anleger ist förmlich auf Null gesunken. Gründe für ihre Vorsicht sind die erheblichen Verschlechterungen wichtiger Konjunkturindikatoren und die immer längere Liste von Staaten, die auf dem Weg in eine Rezession unbekannter Dauer und Schwere sind oder sich bereits darin befinden. Die jüngsten Konjunkturdaten aus den USA unterstrichen erneut, in welchem bedenklichen Zustand sich die amerikanische Wirtschaft befindet. So fiel die Zahl der Baubeginne erneut deutlich, ohne dass ein Ende des Abwärtstrends in Sicht ist, während die Zahl der Anträge auf Arbeitslosenhilfe weiter stieg.

Im Wochenverlauf büßte der FTSE 10,7% ein, während DAX und CAC um 12,4% beziehungsweise 12,5% fielen.

Sitzungsprotokoll der Bank of England

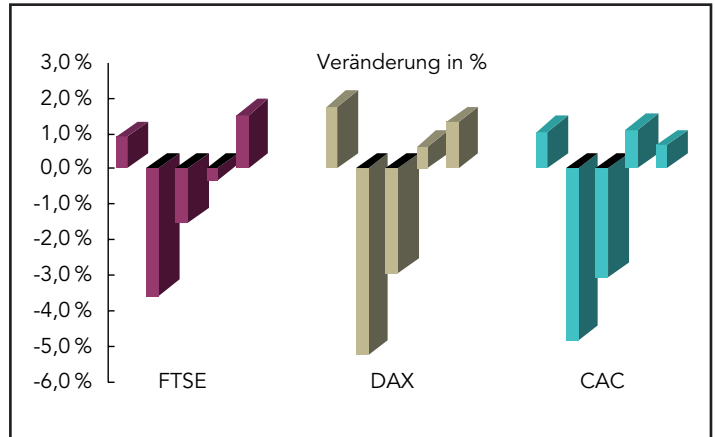
Wie aus dem Protokoll der Sitzung vom 6. November hervorgeht, beschlossen die Mitglieder des geldpolitischen Ausschusses der Bank of England (BoE) einstimmig, die Zinsen um 1,5 Prozentpunkte auf 3% zu senken, die niedrigste Rate seit 1955. Das war die größte Zinssenkung seit der Unabhängigkeit der Notenbank im Jahr 1997. Die Währungshüter hatten sogar eine noch stärkere Senkung erwogen — ein Zeichen für das Ausmaß ihrer Besorgnis über die akute globale Liquiditätsverknappung und den deutlichen Konsum- und Nachfragerückgang in Großbritannien. Das Protokoll ließ ebenfalls erkennen, dass der Ausschuss seine Inflationsprognose scharf nach unten korrigiert hat. Tatsächlich wäre eine wesentlich schärfere Zinssenkung um mindestens 2 Prozentpunkte erforderlich, um zu verhindern, dass die Teuerungsrate auf kurze Sicht allzu weit unter den Zielwert der BoE fällt. Die Ausschussmitglieder fürchteten allerdings, dass ein derart massiver Zinsschritt das falsche Signal für die Märkte wäre. Bei einer allzu großen Zinsüberraschung wäre das britische Pfund eventuell unter Druck geraten, was wiederum die Inflationsrisiken möglicherweise erhöht hätte. In ihrer Stellungnahme verwiesen die Währungshüter auf das Risiko, dass ein solcher Schritt als Änderung ihrer Reaktionsfunktion verstanden werden könnte, was die Glaubwürdigkeit des Inflationsziels beschädigen würde.

Das Sitzungsprotokoll ließ allerdings auch erkennen, dass die Meinungen über Umfang und Zeitpunkt etwaiger weiterer Zinsschritte ungeachtet der einstimmigen Entscheidung zugunsten der größten Zinssenkung seit der Gründung des geldpolitischen Ausschusses im Jahr 1997 auseinander gingen. Einige Mitglieder wiesen unter anderem darauf hin, dass die britische Regierung angekündigt hatte, ihre Ausgaben zu erhöhen, um so die Konjunktur anzukurbeln.

Schweizer Nationalbank

Die Schweizer Nationalbank (SNB) senkte den Dreimonats-Libor erstmals um einen vollen Prozentpunkt auf 1% — das war bereits die dritte außerplanmäßige Zinssenkung seit Oktober. Gleichzeitig war es die massivste Zinssenkung seit Einführung des Libor-Leitzinses im Jahr 2000. Die SNB erwartet, dass die Teuerungsrate noch in diesem Jahr unter die Schwelle von 2% sinkt. Die Währungshüter dürften also ausreichend Spielraum für weitere Zinsschritte haben, um einer möglichen Rezession zu begegnen. Im vergangenen Monat sank die Inflationsrate in der Schweiz auf 2,6%. Die nächste ordentliche Sitzung der SNB ist für den 11. Dezember angesetzt. Die Notenbank hat ihren Leitzins seit dem 8. Oktober bereits um 1,75 Prozentpunkte gesenkt. Als Reaktion auf die überraschende Zinssenkung der SNB fiel der Schweizer Franken gegenüber dem US-Dollar auf den niedrigsten Stand seit 15 Monaten.

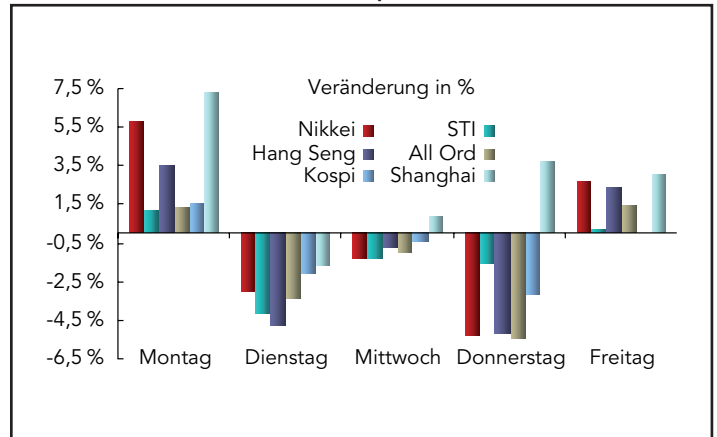
FTSE, DAX und CAC



Asiatisch-pazifischer Raum

Die Aktienmärkte im asiatisch-pazifischen Raum setzten ihre Talfahrt angesichts negativer Konjunkturnachrichten und sinkender Aktienkurse in anderen Teilen der Welt fort. Schwache Zahlen aus Japan trugen ebenso wenig zur Verbesserung der Anlegerstimmung bei wie die Äußerungen des japanischen Notenbankchefs im Anschluss an die Sitzung des geldpolitischen Ausschusses. Das japanische Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im zweiten Quartal in Folge, so dass sich nun auch Japan in einer technischen Rezession befindet. Das Gleiche gilt für Singapur. Taiwan registrierte das erste Quartal rückläufiger Wirtschaftsleistung seit 2003. Dennoch zogen die meisten der hier verfolgten Aktienindizes am Freitag erstmals seit fünf Tagen an. Hintergrund waren Spekulationen, dass China die Zinsen an diesem Wochenende erneut senken werde, und ein Bericht, nach dem die Citigroup erwägen soll, sich von einigen Konzernteilen zu trennen oder sogar das gesamte Unternehmen zu verkaufen. Das Marktgeschehen wurde jedoch nicht nur vom Finanzsektor bestimmt. Schwer wog auch die Meldung, dass Vertreter der US-Autoindustrie den amerikanischen Kongress um ein Rettungspaket zur Überwindung der seit Jahren schwelenden und nun akuten Krise ersucht und gedroht hatten, ohne staatliche Hilfe seien sie gezwungen, Konkurs anzumelden.

Börsen im asiatisch-pazifischen Raum



Der japanische Aktienmarkt beendete drei von fünf Handelstagen im Minus. Am Freitag fielen die Aktienkurse zunächst deutlich, zogen dann aber im Nachmittagshandel kräftig an — dahinter standen Deckungskäufe als Reaktion auf steigende Kurse von US-Aktienoptionen und eine Erholung an anderen asiatischen Börsen. Im Wochenresultat notierte der Nikkei um 6,5% niedriger. Der Shanghai Composite verschlechterte sich ebenfalls an drei von fünf Tagen und ging auch am Freitag mit einem Minus aus dem Handel. Hintergrund waren Spekulationen über eine mögliche Zinssenkung der chinesischen Notenbank und über staatliche Aktienkäufe. Im Wochenverlauf büßte der chinesische Leitindex 0,9% ein. Der australische All Ordinaries stieg erstmals seit Freitag der Vorwoche, nachdem er zwischenzeitlich auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren gefallen war. Ursache für die Kurserholung war die Suche nach günstigen Kaufgelegenheiten, die sich nach zuletzt deutlichen Verlusten vor allem im Bergbausektor boten.

Alle hier verfolgten Indizes im asiatisch-pazifischen Raum schlossen im Wochenresultat im Minus. Die Verluste reichten von 0,9% (Shanghai Composite) bis 10,7% (PSEI). Sowohl der Jakarta Composite als auch der australische All Ordinaries fielen um über 9%.

Bank of Japan lässt Zinsen unverändert

Die Bank of Japan (BoJ) ließ den Leitzins wie allgemein erwartet unverändert bei 0,3%. Die Entscheidung fiel einstimmig. Die BoJ hatte die Zinsen auf ihrer letzten Sitzung am 31. Oktober von 0,5% auf 0,3% gesenkt. Die zu Wochenbeginn veröffentlichten BIP-Daten hatten erkennen lassen, dass die japanische Wirtschaft in der Rezession steckt — das Bruttoinlandsprodukt war im zweiten Quartal in Folge rückläufig. Im dritten Quartal sank die Wirtschaftsleistung leicht um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, nachdem sie im zweiten Quartal um 0,9% gefallen war. Japans Außenhandelsbilanz wies im dritten aufeinander folgenden Monat ein Defizit aus, nachdem die Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahr um 7,7% gefallen waren. Angesichts der schwächelnden Binnenkonjunktur hängt das japanische Wirtschaftswachstum stark von den Exporten ab. Der Konsumrückgang auf vielen Exportmärkten, in Schwellen- wie in Industrieländern, hatte deshalb drastische Folgen für die japanische Wirtschaft. Und da auch die Energiepreise fallen, könnte der Verbraucherpreisindex, der in der kommenden Woche veröffentlicht wird, wieder sinkende Preise (Deflation) offenbaren. Klammert man nämlich Lebensmittel und Energie aus, hatten die Verbraucherpreise bereits im September um nur 0,2% gegenüber dem Vorjahr zugelegt. Manche Beobachter bezweifeln, dass weitere Zinssenkungen helfen würden. Sie führen an, das Problem sei nicht die angespannte Liquiditätssituation, sondern das schlechte Geschäftsumfeld, in dem Unternehmen und Verbraucher nur ungern Schulden machen.

BoJ-Gouverneur Masaaki Shirakawa erklärte im Anschluss an die Sitzung, die Notenbank werde tun, was in ihrer Macht steht, um die Finanzmärkte mit ausreichender Liquidität zu versorgen. Er deutete außerdem an, dass er ungern zur Null-Zins-Politik zurückkehre, da sie eher zu einem Rückgang der Kreditvergabe führe, als diese zu fördern. Soweit es darum gehe, „das reibungslose Funktionieren des Markts für kurzfristige Kredite sicherzustellen“, so Shirakawa, bestehe „die Gefahr, dass eine erneute Zinssenkung verschiedene Probleme mit sich bringt“, schließlich habe die Geldpolitik bereits „akkommodierenden“ Charakter. Weiter erklärte der Notenbankchef, dass die zunehmend schwierigen Abläufe an den Finanzmärkten ein Problem darstellen und dass die BoJ genau überlegen müsse, „welche Folgen eine weitere geldpolitische Lockerung“ nach sich ziehen würde. →

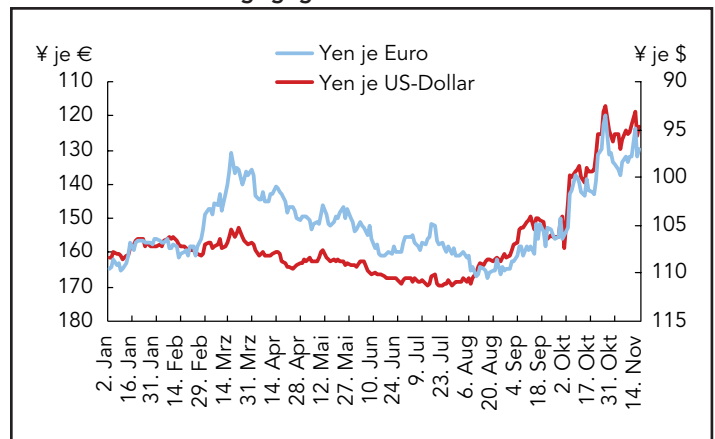
Shirakawas Äußerungen deuteten darauf hin, dass der Leitzins in der nächsten Zeit wohl unverändert bleiben wird. Der BoJ-Chef räumte indes ein, dass sich die Phase der konjunkturellen Abkühlung länger hinziehen könne. Er fügte hinzu, die BoJ prüfe, auf welche Weise geldpolitisch zu reagieren sei, „sollte sich die konjunkturelle Situation in Zukunft noch weiter verschlechtern.“ Die gegenwärtige globale Konjunkturabkühlung bezeichnete Shirakawa als „Korrektur eines aus dem kräftigen Wachstum der Weltwirtschaft resultierenden Ungleichgewichts.“

Die japanische Notenbank hatte ihren Leitzins von 2001 bis Ende 2006 nahe null Prozent gehalten und das Bankensystem mit billigem Geld überflutet, um die Vergabe von Krediten zu fördern, die Konjunktur anzukurbeln und die Deflation zu überwinden. Shirakawa hat seit der Leitzinssenkung am 31. Oktober wiederholt gewarnt, weitere Senkungen könnten die Kreditvergabe unter den Banken unrentabel machen und so zu einem Erstarren der Kreditmärkte führen. Das würde die Zirkulation von Kapital durch die Wirtschaft verhindern.

Währungen

Der Yen stieg erneut gegenüber dem US-Dollar und dem Euro. Das konnte auch Shoichi Nakagawa, der japanische Finanzminister, nicht verhindern. Er brachte seine Besorgnis über diese Entwicklung zum Ausdruck und wiederholte seine zuvor geäußerte Drohung, notfalls zu intervenieren, um die Yen-Aufwertung durch Verkäufe zu bremsen. Die Glatstellung so genannter „Carry Trades“ und die Kursverluste an den Aktienmärkten hatten der japanischen Währung einen Höhenflug beschert. Die Interventionsdrohung zeigte am Freitag tatsächlich Wirkung, und der Höhenflug des Yen verlangsamte sich. Analysten wiesen darauf hin, dass die G7-Staaten die Grenze für die Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar im Oktober bei 90 ¥ gezogen hatten – steigt er darüber, sei mit einer einseitigen Intervention der japanischen Regierung zu rechnen. Gleichwohl würde ein einseitiger Eingriff am Devisenmarkt die weitere Aufwertung nach Ansicht der Analysten allenfalls bremsen.

Yen steigt gegenüber Euro und Dollar



Zu einer tatsächlichen Intervention kam es dagegen in Australien. Die Reserve Bank of Australia (RBA) kaufte australische Dollar, nachdem die Landeswährung zum US-Dollar auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren gesunken war. Wie bereits in anderen Fällen wollte die RBA damit die Liquiditätsversorgung sicherstellen. Als der australische Dollar im Oktober einen Rekordrückgang verzeichnete, kaufte die Notenbank 3,15 Mrd. A\$ (1,96 Mrd. \$) – das war der bisher größte Nettokauf.

Die Währungen einiger asiatischer Schwellenländer gerieten am Donnerstag einmal mehr unter Druck. Der koreanische Won und die indonesische Rupie fielen so tief wie zuletzt während der Asienkrise 1998. Analysten gaben an, die Furcht vor einer drastischen Abkühlung der Weltwirtschaft habe die Risikofreudigkeit der Marktteilnehmer erneut gedämpft. Viele ausländische Anleger zogen deshalb ihre Gelder aus der Region ab, um sie zu repatriieren – dadurch nahm der Druck auf einige asiatische Währungen noch einmal zu. Vor allem die Erstarrung des Interbankenhandels im letzten Monat hatte den Währungen einiger Schwellenländer zu schaffen gemacht. Die hohe Nachfrage nach Dollar-Liquidität hatte zum Ausstieg vieler ausländischer Anleger geführt. Die Nachricht, dass die Federal Reserve mit den Notenbanken aus vier Schwellenländern, darunter Südkorea, Währungs-Swap-Vereinbarungen getroffen habe, trug jedoch dazu bei, die Liquiditätssorgen zu lindern, und half den jeweiligen Währungen, sich von den Ende Oktober registrierten Tiefständen zu erholen.

Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse

		2007		2008	Veränderung in %	
Index		31. Dezember	14. November	21. November	Woche	Jahr
USD je Währungseinheit						
Australien	Australischer Dollar	0,878	0,653	0,631	-3,4 %	-28,1 %
Neuseeland	Neuseeländischer Dollar	0,774	0,554	0,537	-3,1 %	-30,7 %
Kanada	Kanadischer Dollar	1,012	0,839	0,784	-6,6 %	-22,6 %
Eurozone	Euro	1,460	1,268	1,257	-0,9 %	-13,9 %
Großbritannien	Britisches Pfund	1,984	1,478	1,487	0,6 %	-25,1 %
Währungseinheit je USD						
China	Yuan	7,295	6,824	6,835	-0,2 %	6,7 %
Hongkong	Hongkong-Dollar*	7,798	7,750	7,751	0,0 %	0,6 %
Indien	Rupie	39,410	48,980	50,050	-2,1 %	-21,3 %
Japan	Yen	111,710	97,023	95,890	1,2 %	16,5 %
Malaysia	Ringgit	3,306	3,610	3,621	-0,3 %	-8,7 %
Singapur	Singapur-Dollar	1,436	1,518	1,527	-0,6 %	-5,9 %
Südkorea	Won	935,800	1.420,800	1.480,275	-4,0 %	-36,8 %
Taiwan	Taiwan-Dollar	32,430	33,110	33,350	-0,7 %	-2,8 %
Thailand	Baht	29,500	34,885	35,265	-1,1 %	-16,3 %
Schweiz	Schweizer Franken	1,133	1,191	1,222	-2,5 %	-7,3 %

*An den USD gekoppelt;

Quelle: Bloomberg,

Indikatoren-Übersicht

Europa

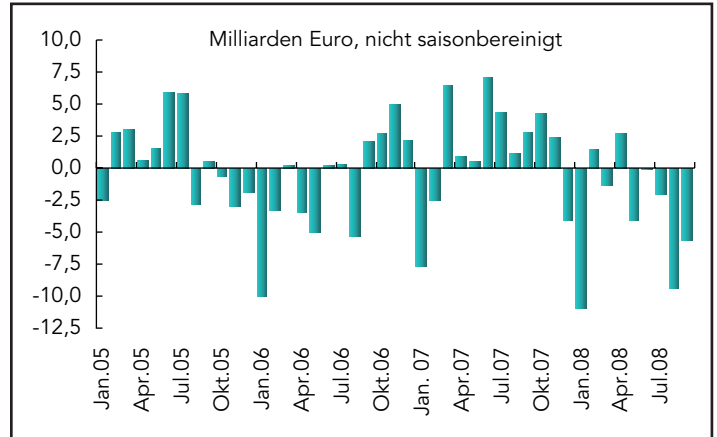
Eurozone

Das Warenhandelsdefizit lag im September saisonbereinigt bei 5,7 Mrd. € – nahezu unverändert gegenüber dem Vormonat. Auf unbereinigter Basis wurde ein Fehlbetrag von 5,6 Mrd. € verzeichnet. Die Exporte stiegen um nominell 2,2%, die Importe um 2,1%. In den wichtigen Produktkategorien stieg das Defizit bei Basisgütern in den ersten acht Monaten des Jahres unbereinigt von 165,8 Mrd. € im Vorjahreszeitraum auf 228,9 Mrd. €. Diese Zunahme war in ganzer Höhe auf den Fehlbetrag bei Energie zurückzuführen, der von 146,4 Mrd. € auf 211,1 Mrd. € stieg. Im gleichen Zeitraum wuchs der Überschuss im Handel mit Industriegütern von 165,3 Mrd. € auf beachtliche 197,0 Mrd. €. Wie üblich registrierte unter den größeren Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion nur Deutschland einen saisonbereinigten Überschuss, während die Handelsbilanzen Frankreichs, Italiens und Spaniens Fehlbeträge auswiesen.

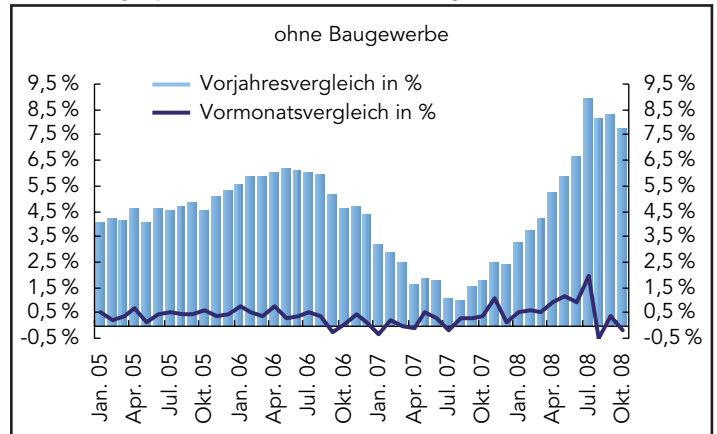
Deutschland

Der Erzeugerpreisindex blieb im Oktober gegenüber dem Vormonat unverändert; im Vergleich zum Vorjahr stieg er um 8,3%. Zu dem erwarteten Rückgang der Energiepreise kam es nicht. Vielmehr stiegen sie um 0,6% – alleiniger Grund für die gegenüber September unveränderte Teuerungsrate. Die Preise für Erdgas stiegen um 6,8%. Bei Ausklammerung der Energie-Komponente sank der Erzeugerpreisindex dagegen leicht um 0,3% im Vormonatsvergleich. Der Preisauftrieb gegenüber dem Vorjahr verlangsamte sich von 3,6% auf 2,9%. In den anderen wichtigen Sektoren sanken die Preise für Basisgüter (-0,8%), während die Preise für Konsum- und Investitionsgüter leicht stiegen (0,1% beziehungsweise 0,3%).

Warenhandel



Erzeugerpreisindex bleibt hartnäckig auf hohem Niveau

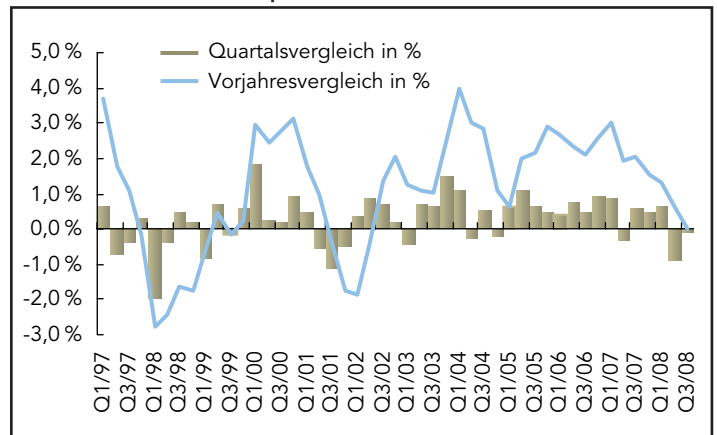


Asiatisch-pazifischer Raum

Japan

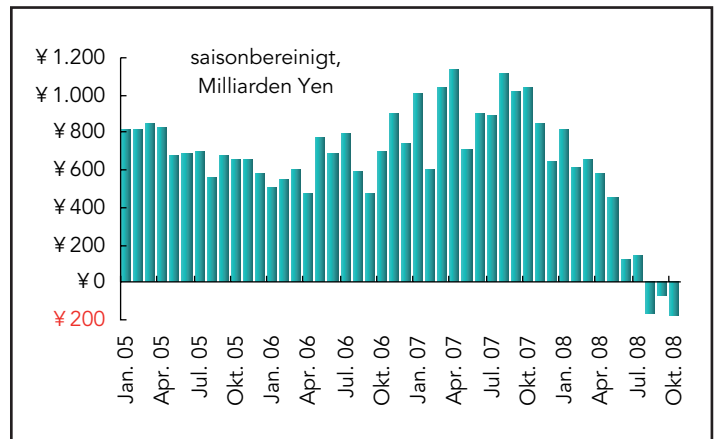
Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im dritten Quartal leicht um 0,1% gegenüber dem Vorquartal; auf das Jahr hochgerechnet betrug das Minus 0,4%. Der BIP-Rückgang im zweiten Quartal wurde gegenüber einer ersten Schätzung von -0,7% auf -0,9% korrigiert (annualisiert: -3,7%). Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum war die Wirtschaftsleistung unverändert. Mit dem zweiten Quartal negativen Wachstums in Folge befindet sich Japan in einer technischen Rezession, obgleich Tokio dazu noch keine offizielle Erklärung abgegeben hat. Die Binnennachfrage legte leicht um 0,1% zu, während die Ausgaben der privaten Haushalte um 0,3% stiegen. Im entscheidenden Segment der privaten Investitionen außerhalb des Wohnbereichs wurde dagegen ein Minus von 1,7% verzeichnet. Schwach entwickelte sich auch die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen – der Rückgang der Auslandsnachfrage drückte das Wachstum gegenüber dem Vorquartal um 0,2 Prozentpunkte.

BIP schrumpft im dritten Quartal leicht



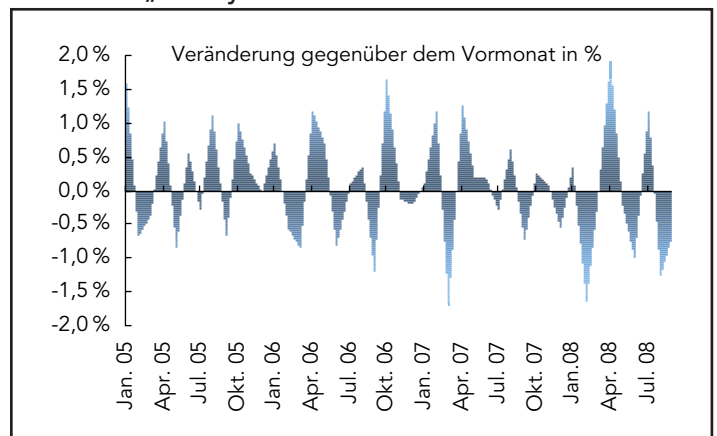
Die japanische Warenhandelsbilanz zeigte im Oktober auf unbereinigter Grundlage ein Defizit von 63,9 Mrd. ¥, nach einem Überschuss von 999,4 Mrd. ¥ im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Ausfuhren sanken verglichen mit dem Vorjahr um 7,7%, während die Einfuhren um 7,4% zunahmen. Das Exportvolumen verringerte sich gegenüber allen Regionen mit Ausnahme des Nahen Ostens. Die Ausfuhren in die EU brachen um 17,2% ein, die Ausfuhren in die USA sanken im 14. Monat in Folge (-19% gegenüber dem Vorjahr). Erstmals seit 80 Monaten wurde selbst im Handel mit anderen asiatischen Ländern ein Rückgang verzeichnet (-0,4%); die Exporte nach China verringerten sich um 0,9%. Auf saisonbereinigter Basis betrug das Außenhandelsdefizit 175,6 Mrd. ¥. Damit wies die Handelsbilanz im dritten aufeinander folgenden Monat einen Fehlbetrag aus. Das Exportvolumen schrumpfte im zweiten Monat in Folge (-6,1% gegenüber dem Vormonat), das Importvolumen im dritten Monat in Folge (-4,5%).

Warenhandelsdefizit



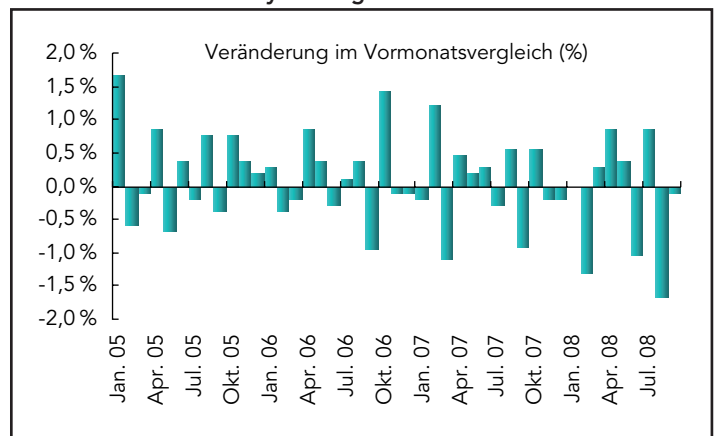
Der Index für den „tertiären Sektor“ sank im September um 0,6% im Vergleich zum Vormonat und um 1,5% gegenüber September 2007. Rückgänge zeigten sich insbesondere in den Kategorien Information & Kommunikation (-5,7%) und Groß- & Einzelhandel (-2,8%). Strom-, Gas- & Wasserversorger registrierten dagegen ein Plus von 2,4%.

„Tertiary Index“ weiter auf Zickzackkurs



Der branchenübergreifende Konjunkturindex („All Industry Index“) sank im September leicht um 0,1% gegenüber August und um 0,6% im Vorjahresvergleich. Der Index für den tertiären Sektor, eine Hauptkomponente des „All-Industry Index“, verschlechterte sich um 0,6% im Vergleich zum Vormonat und um 1,5% gegenüber dem Vorjahr. Der Index, der als guter Anhaltspunkt für das BIP-Wachstum (gemessen als Output von Industrie und Dienstleistungssektor) gilt, berücksichtigt neben den elf Dienstleistungsbranchen, aus denen der Index für den tertiären Sektor gebildet wird, auch das Baugewerbe, Landwirtschaft & Fischerei sowie den öffentlichen Sektor und die Industrie.

All Industry Index gilt als BIP-Indikator

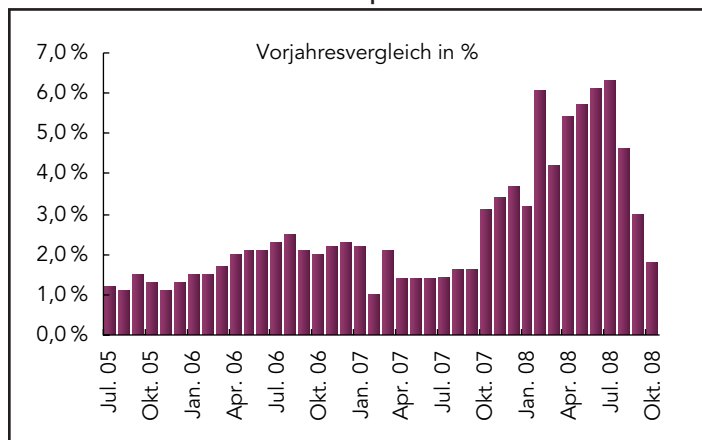


Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)

Hongkong

Der Verbraucherpreisindex stieg im Oktober um 1,8% verglichen mit dem Vorjahr, nachdem er im September um 3,0% zugelegt hatte. Der Anstieg des Index wurde hauptsächlich durch Steuererleichterungen der Regierung (wirksam ab August) gedämpft – darunter sind Zuschüsse für die Stromkosten und ein dreimonatiger Mieterlass der öffentlichen Wohnungsverwaltung. Der Kernindex sank gegenüber September leicht von 6,1% auf 5,9%. Der Anstieg der Lebensmittelpreise verlangsamte sich von 9,6% im September auf 9,4%. Die Preise für langlebige Güter sanken um 0,8% im Vergleich zum Vorjahr, die Preise für Bekleidung um 0,6%.

Verbraucherpreisindex



Taiwan

Im dritten Quartal schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 1% verglichen mit dem Vorjahreszeitraum. Das war die erste Verringerung seit 2003. Im zweiten Quartal war die Wirtschaftsleistung um 4,6% gestiegen (revidierter Wert). Dahinter standen nicht nur ein geringeres Exportvolumen, sondern auch verstärkte Rückgänge bei Konsumausgaben und Anlageinvestitionen.

Singapur

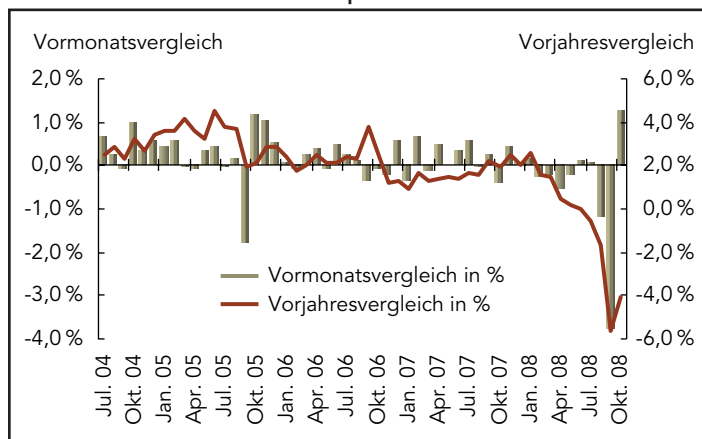
Singapurs Bruttoinlandsprodukt sank im dritten Quartal um 0,6% gegenüber dem Vorjahr. Auf annualisierter Basis schrumpfte es um 6,8%, nachdem es im zweiten Quartal um 5,3% gesunken war. Den größten Negativbeitrag leistete die Fertigungsbranche, deren Produktion aufgrund der geringeren Auslandsnachfrage um 11,4% einbrach. Das Wachstum der Dienstleistungsbranche verlangsamte sich auf 5,3%.

USA

USA

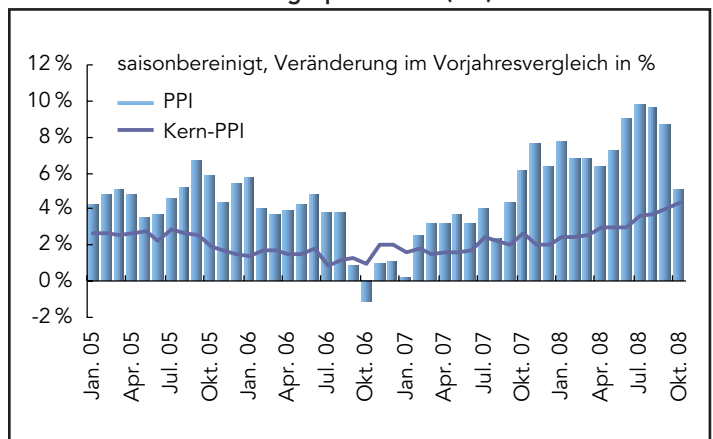
Die amerikanische Industrieproduktion stieg im Oktober um 1,3%, hauptsächlich dank einer deutlichen Korrektur nach unten für September (auf -3,7%) und einiger weiterer Faktoren, die die Zahlen zum wiederholten Mal verzerrten. Im verarbeitenden Gewerbe wurde eine leichte Erholung um 0,6% verzeichnet, nach einem Rückgang um 3,7% im Vormonat. Bei den Energieerzeugern erhöhte sich die Produktion um 0,4%, während das Fördervolumen im Bergbau um 6,1% in die Höhe schoss. Hinter der Abwärtskorrektur für September standen in erster Linie höher angesetzte Schätzungen für die Auswirkungen der Wirbelstürme Gustav und Ike auf die chemische Industrie. Einen Beitrag zur Verschlechterung der Lage hatte im September auch ein Streik bei Boeing geleistet. Die Kapazitätsauslastung stieg insgesamt von 75,5% auf 76,4%. Hier machte sich die Wiederaufnahme der Produktion in einigen Werken nach den Wirbelstürmen und dem Streik bei Boeing ebenfalls bemerkbar.

Industrieproduktion



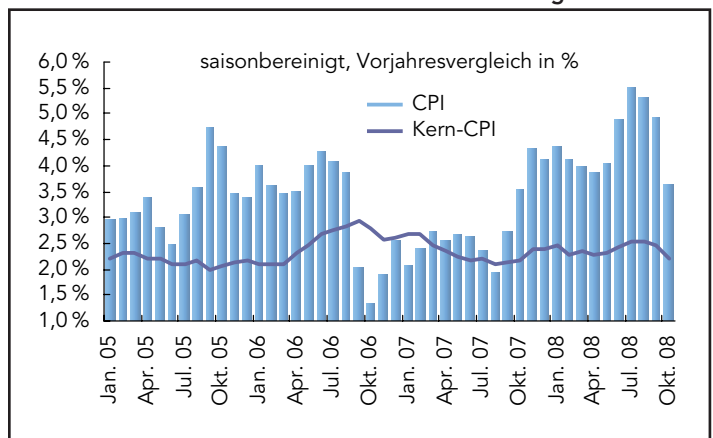
Der Erzeugerpreisindex fiel im Oktober um 2,8% gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr legte er um 5,1% zu, nachdem er im September mit 8,7% deutlich kräftiger gestiegen war. Der Kern-Erzeugerpreisindex erhöhte sich um 0,4% gegenüber September und um 4,4% im Vorjahresvergleich. Grund für den nur geringen Anstieg des Gesamtindex war vor allem ein Rückgang der Energiepreise um 12,8%. Innerhalb des Energiebereichs verbilligte sich Benzin um 24,9%, Heizöl um 9,6%, Erdgas um 5,9% und Strom um 0,5%. Die Lebensmittelpreise sanken um 0,2%. Der Kernindex stieg aufgrund kräftiger Preissteigerungen bei Kleinlastern, Zivilflugzeugen und Bier. Merkliche Preisrückgänge zeigten sich dagegen bei Pkw, pharmazeutischen Produkten und Computerzubehör.

Erzeugerpreisindex (PPI)



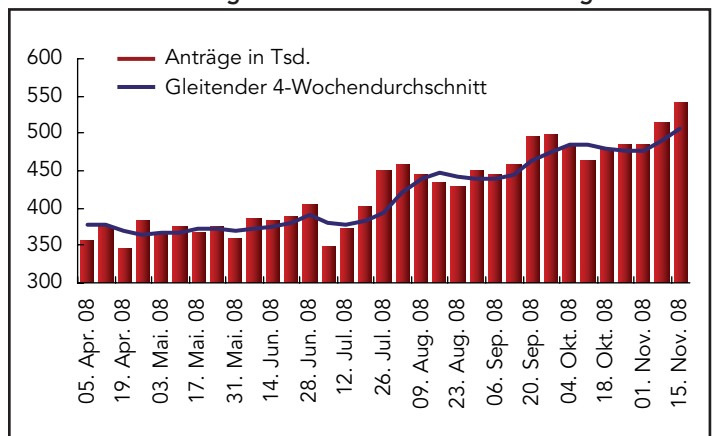
Die Verbraucherpreise sanken im Oktober um 1% gegenüber dem Vormonat, stiegen jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 3,7%. Im September war ein Plus von 4,9% im Vorjahresvergleich verzeichnet worden. Der Kernindex sank leicht um 0,1% verglichen mit dem Vormonat und erhöhte sich um 2,5% gegenüber Oktober 2007. Der Preisrückgang umfasste allerdings nicht nur den Energiesektor. Besonders schwach zeigten sich auch die Kategorien Automobile und Bekleidung.

CPI und Kerninflation leicht rückläufig

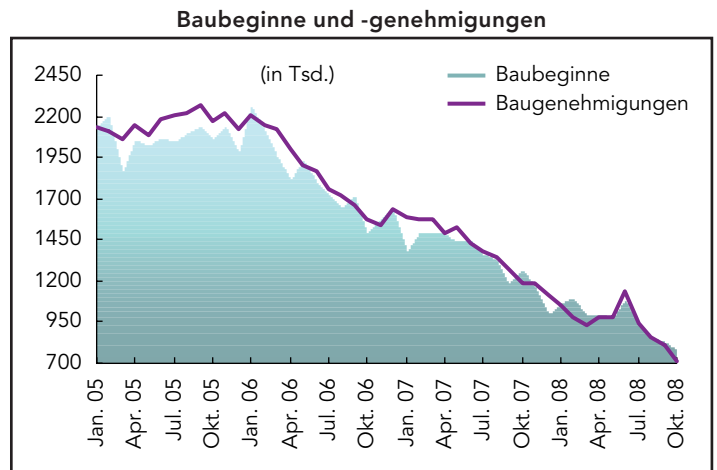


Die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung stieg in der feiertagsbedingt verkürzten Woche bis zum 15. November um 27.000 auf 542.000, den höchsten Stand seit 1992. Besondere Faktoren, die den deutlichen Anstieg hätten erklären können, waren nicht zu berücksichtigen. Der gleitende 4-Wochendurchschnitt legte um 15.750 auf 506.500 zu und erreichte damit den höchsten Stand seit 1983. Unterdessen wuchs die Zahl der Folgeanträge – Gradmesser für die Schwierigkeiten der Stellensuchenden – in der Woche bis zum 8. November um 109.000 auf 4,012 Mio., den höchsten Wert seit 1982.

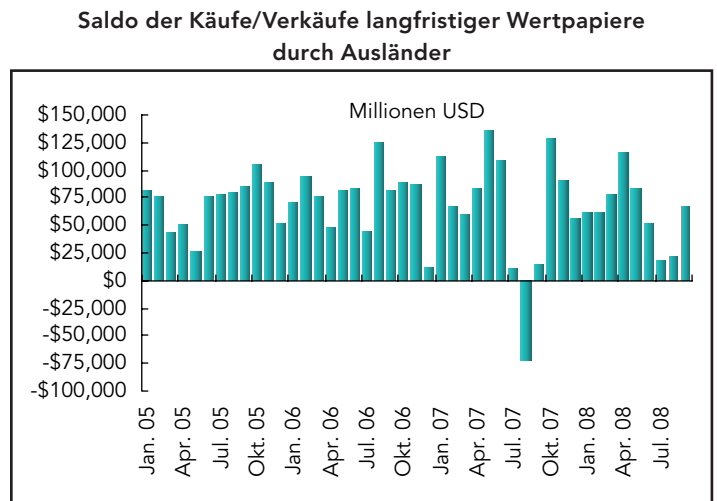
Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung



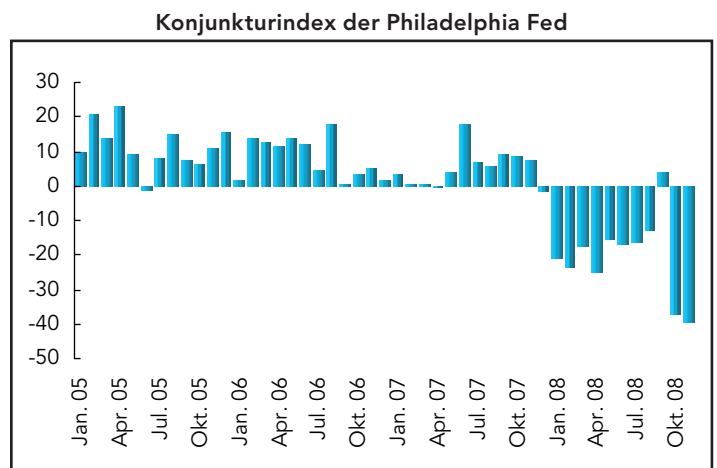
Die Zahl der Baubeginne sank im Oktober um 4,5% im Vormonats- und 38,0% im Vorjahresvergleich auf 0,791 Mio. (aufs Jahr hochgerechnet). Rückläufig waren die Baubeginne insbesondere im Bereich der Mehrfamilienhäuser (-6,8%), während auch bei Einfamilienhäusern ein Minus von 3,3% registriert wurde. Nach Regionen aufgegliedert zeigte sich der deutlichste Rückgang im Nordosten (-31,0%), gefolgt vom mittleren Westen (-13,7%). Im Westen und Süden der USA nahm die Bautätigkeit dagegen um 7,5% beziehungsweise 1,5% zu. Die Zahl der Baugenehmigungen fiel um 12,0% gegenüber dem Vormonat und um 40,1% gegenüber Oktober 2007 auf annualisierte 0,708 Mio.



Der Nettokapitalzufluss aus dem Ausland in langfristige US-Wertpapiere betrug im September 66,2 Mrd. \$. Bei Anleihen mit Laufzeiten zwischen 2 und 30 Jahren wurde ein Nettozufluss von 15,8 Mrd. \$ verzeichnet – ein klarer Vertrauensbeweis für US-Staatsanleihen. Unter ausländischen Privatanlegern herrschte große Nachfrage nach langfristigen Anleihen öffentlicher Institutionen (Agency Bonds), wenngleich ausländische Notenbanken diese in großem Stil abstießen. Bei Unternehmensanleihen waren sowohl Privatanleger als auch offizielle Stellen aus dem Ausland Nettoverkäufer. Demgegenüber war bei amerikanischen Aktien ein kräftiger Nettokapitalzufluss von 11,5 Mrd. \$ zu beobachten – möglicherweise wurde dabei vielfach auf das Ende des Abwärtstrends gesetzt. Das größte Interesse zeigten private und staatliche Käufer indessen für kurzfristige Staatsanleihen. Hier betrug der Nettozufluss 89,9 Mrd. \$, fast das Dreifache des August-Werts. Im Juli und Juni hatte der Zufluss hier nur 4,2 Mrd. \$ beziehungsweise 6,5 Mrd. \$ betragen. Besonders groß war die Nachfrage nach Staatsanleihen im September aus China, wie schon in den beiden vorangegangenen Monaten. Japanische Anleger waren dagegen im zweiten Monat in Folge Nettoverkäufer amerikanischer Staatsanleihen.



Der anhand einer monatlichen Umfrage der Regionalnotenbank von Philadelphia erstellte Index der allgemeinen Konjunkturlage in der Region sank im November auf -39,3 Punkte, von -37,5 im Oktober. Der Index der Auftragseingänge verschlechterte sich auf -31,4 Punkte, während die Komponente der unerledigten Aufträge um weitere 2 Punkte auf -29,1 nachgab. Der Wert für die Lieferungen lag unverändert bei 18,8 Punkten. Der Beschäftigungsindex stürzte um über 7 Punkte auf -25,2. Besonders auffällig war indessen die Trendumkehr bei den Preisen: Die Komponente der gezahlten Preise brach gegenüber Oktober von 7,2 auf -30,7 Punkte ein, während sich bei den erzielten Preisen ein deutlicher Rückgang von 5,3 auf -15,5 Punkte zeigte.



Fazit und Ausblick

Die Flut negativer Wirtschaftsdaten nahm kein Ende. Auch Japan befindet sich nun – wie die Eurozone und eine wachsende Zahl anderer Regionen – in einer technischen Rezession (zwei Quartale mit negativem Wachstum in Folge). Die Verbraucherpreise fielen in den USA und in Großbritannien dramatisch, was zeigt, dass der starke Rückgang der Rohstoffpreise zusammen mit der schwächeren Nachfrage begonnen hat, sich in den Indizes und Teuerungsraten niederzuschlagen. Der nachlassende Preisauftrieb wird es jenen Notenbanken, die vor allem Inflationsziele verfolgen, ermöglichen, nun der Konjunktur den Vorrang zu geben und die Zinsen zu senken. Am Montag wird der britische Schatzkanzler Alistair Darling das Konjunkturprogramm der Regierung vorstellen, das Hilfen von mehreren Milliarden Pfund für kleinere Unternehmen vorsieht.

In den nächsten zwei Wochen erwarten wir eine Fülle von Konjunkturdaten. So steht nächste Woche die monatliche Datenflut aus Japan an, die von den Verbraucherpreisen über die Einzelhandelsumsätze bis hin zur Beschäftigung reicht. In Deutschland wird der Ifo-Geschäftsklima-Index ein aktuelles Bild vermitteln, ebenso wie die Ergebnisse der Geschäfts- und Konsumklima-Umfrage der EU.

In der ersten Dezemberwoche treten die Reserve Bank of Australia, die Bank of England und die Europäische Zentralbank zu Sitzungen zusammen. Von allen drei Notenbanken werden deutliche Zinssenkungen erwartet.

Vorausschau: 24.–28. November 2008

Sonstige Aktivitäten

24. November	Großbritannien	Pre-Budget-Report für das britische Unterhaus
--------------	----------------	---

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht ...

Europa

24. November	Deutschland	Ifo-Umfrage (November)
25. November	Deutschland	Bruttoinlandsprodukt (Q3 2008, revidiert)
26. November	Großbritannien	Bruttoinlandsprodukt (Q3 2008, revidiert)
27. November	EWU	Geldmenge M3 (Oktober)
	Europäische Union	Geschäfts- und Konsumklima (November)
	Deutschland	Arbeitslosigkeit (Oktober)
28. November	EWU	Harmonisierter Index der Verbraucherpreise (November, vorab)
		Arbeitslosigkeit (Oktober)
	Frankreich	Erzeugerpreisindex (Oktober)
	Italien	Erzeugerpreisindex (Oktober)

Asiatisch-pazifischer Raum

28. November	Japan	Verbraucherpreisindex (Oktober, November)
		Ausgaben der privaten Haushalte (Oktober)
		Arbeitslosigkeit (Oktober)
		Industrieproduktion (Oktober)
		Einzelhandelsumsätze (Oktober)

Amerika

24. November	USA	Hausverkäufe aus Bestand (Oktober)
25. November	USA	Bruttoinlandsprodukt (Q3 2008, vorläufiger Wert)
		Verbrauchervertrauen (November)
	Kanada	Einzelhandelsumsätze (September)
26. November	USA	Private Einkommen und Ausgaben (Oktober)
		Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag)
		Bestellungen langlebiger Wirtschaftsgüter (Oktober)
		Verkäufe von Hausneubauten (Oktober)
		Verbrauchervertrauen (November)
		Einkaufsmanager-Index, Chicago (November)
28. November	Kanada	Preisindex für Industrieerzeugnisse (Oktober)
		Rohstoffpreisindex (Oktober)

Vorausschau: 1.–5. Dezember 2008

Notenbanken

2. Dezember	Australien	Statement der Reserve Bank of Australia
3., 4. Dezember	Großbritannien	Erklärung der Bank of England zur Geldpolitik
4. Dezember	EWU	Zinskonferenz der Europäischen Zentralbank

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht ...

Europa

1. Dezember	Deutschland	Einzelhandelsumsätze (Oktober)
2. Dezember	EWU	Erzeugerpreisindex (Oktober)
4. Dezember	EWU	Bruttoinlandsprodukt (Q3 2008, vorläufiger Wert) Einzelhandelsumsätze (Oktober)
	Frankreich	Arbeitslosigkeit (Q3 2008)
5. Dezember	Deutschland	Auftragseingänge in der Industrie (Oktober)

Asiatisch-pazifischer Raum

2. Dezember	Australien	Einzelhandelsumsätze (Oktober)
3. Dezember	Australien	Bruttoinlandsprodukt (Q3 2008)
4. Dezember	Australien	Warenhandelsbilanz (Oktober)

Amerika

1. Dezember	Kanada	Bruttoinlandsprodukt (Q3 2008) Monatliches BIP (September)
	USA	ISM-Index: verarbeitendes Gewerbe (November) Ausgaben im Baugewerbe (Oktober)
3. Dezember	USA	Produktivität und Lohnstückkosten (Q3 2008, revidierte Schätzung) ISM-Index: Dienstleistungen (November) „Beige Book“
4. Dezember	USA	Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag) Auftragseingänge in der Industrie (Oktober)
5. Dezember	Kanada	Beschäftigung (November)
	USA	Arbeitsmarktbericht (November)